



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XII/173 - 1. August 1957

Hinweise  
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 24831-83  
Fernschreiber 0886890

Zum Abbruch der Verhandlungen in Moskau	S. 1
Ideologische Zersetzung der italienischen KP	S. 3
"Neues Abendland" mit Konrad Adenauer	S. 5
Brecht neben Adenauer	S. 7
Unterbrechung auch in London?	S. 8

---

## Erster Effekt der "Berliner Erklärung"

G.M. Das Bild des bisherigen Ablaufs der jetzt unterbrochenen deutsch-russischen Verhandlungen in Moskau ist noch unklar. Die Sache, um die es hierbei geht, verpflichtet uns jedoch, alle ihre Aspekte darzustellen; auch diejenigen, die in regierungsamtlichen Verlautbarungen nicht angesprochen werden.

Bei der Untersuchung der Ursachen, die der Unterbrechung der Verhandlungen in Moskau zugrunde liegen mögen, tritt zunächst eine politische Überlegung in den Vordergrund. Es ist durchaus möglich, dass die Russen nach der Abgabe der sogenannten "Berliner Erklärung" am vergangenen Montag zu der Auffassung gelangt sind, es habe keinen Sinn mehr, mit der Bundesregierung im Gespräch zu bleiben.

Die "Berliner Erklärung" war nicht nur eine Wiederholung der den Russen längst bekannten westlichen Vorschläge zum Deutschlandproblem, sondern sogar ein Hinweis auf die Möglichkeit, dass ein wiedervereinigtes Deutschland der NATO angehören werde. Wer nur in etwa den Sicherheitskomplex der Russen und ihre Einstellung gerade zur Frage NATO kennt, der weiss auch, welchen Effekt die "Berliner Erklärung" bei ihnen ausgelöst haben muss.

Auf der einen Seite - so sagt man sich wahrscheinlich in Moskau - will die Bundesregierung mit uns über den Abschluss eines Handelsvertrages und die Rückführung von Deutschen aus der Sowjetunion verhandeln. Sie will, wie ihre Sprecher erklären, die Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik verbessern. Auf der anderen Seite stellt sich der bundesrepublikanische Außenminister in Berlin hin und spricht eine Sprache, die, gemessen an den Londoner Abrüstungsverhandlungen, einen Anachronismus darstellt, weil sie die Sprache des Kalten Krieges ist.

1. August 1957

Es gibt aber auch eine Reihe von anderen Überlegungen, die bei dem Versuch einer Klärung der jetzt entstandenen Situation geprüft werden müssen. Die westliche Presse hat heute berichtet, die Verhandlungen seien deshalb abrupt unterbrochen worden, weil sich die Russen geweigert hätten, das Problem der rückkehrfreudigen Deutschen in der Sowjetunion überhaupt noch weiter zu diskutieren. Hier stellt sich die Frage, was für die Russen der Anlass für diese plötzliche Kehrtwendung gewesen sein mag, nachdem man vor Beginn der Verhandlungen gehört hatte, Moskau sei bereit, auch über das Repatriierungsproblem zu sprechen. In den ersten Vorverhandlungen wurde deutscherseits die Zahl von rund 80 000 rückkehrwilligen Deutschen genannt. Die Russen haben seinerzeit die Richtigkeit dieser Behauptung bestritten, jedoch zugegeben - wie uns beim Bonner Auswärtigen Amt gelegentlich glaubhaft versichert wurde - dass es eine "gewisse Anzahl früherer Deutschen" in der Sowjetunion gäbe, die inzwischen aber die sowjetische Staatsangehörigkeit erworben hätten. Dieses Problem zu klären, sei man russischerseits bereit gewesen.

Es wäre nun die Frage zu prüfen, ob es richtig ist, dass nach Abschluss der ersten Verhandlungswoche in Moskau von deutscher Seite die ursprünglich mit rund 80 000 angegebene Zahl der rückkehrwilligen Deutschen auf etwa 110 000 erhöht worden ist. Wir können uns kaum vorstellen, dass diese in Bonner diplomatischen Kreisen kursierende Version über die Vorgeschichte des Abbruchs der Moskauer Verhandlungen zutrifft. Würde sie zutreffen, dann wäre manches verständlicher, als es im Augenblick ist.

Eine andere in Bonner diplomatischen Kreisen verbreitete Version über den bisherigen Ablauf der Verhandlungen ist folgende: Wie es heisst, hätten die Russen zu vorstehen gegeben, dass das Problem der Rückführung von Deutschen aus der Sowjetunion leichter gelöst werden könne, wenn man auf der Ebene der konsularischen Vertretungen arbeite. Ein Konsul, der nur für ein begrenztes Gebiet zuständig sei, könne leichter mit den in diesem Gebiet wohnenden rückwanderungswilligen Deutschen in Verbindung kommen und deren Personalunterlagen prüfen, als eine zentrale Stelle. Da dürfte kaum ein Zweifel darüber bestehen, dass diese Frage bereits bei den Fühlungen zwischen dem Deutschen und dem russischen Roten Kreuz eine Rolle gespielt hat. Merkwürdigerweise hat man seither nichts mehr davon gehört.

Natürlich besteht auch die Möglichkeit, dass die Russen in den Gesprächen über das Handelsabkommen zunächst gewisse Abschlüsse erzielen wollen, ehe sie die Frage der konsularischen Vertretungen und der Rückführung der Deutschen aus der Sowjetunion zur Debatte stellen.

Es wäre gut, wenn sich die deutsche Verhandlungsdelegation durch nichts beirren lassen würde. Nicht gut wäre es allerdings, wenn sie versuchen sollte, propagandistische Effekte etwa in dem Sinne "Da sieht man es wieder einmal, mit den Russen kann man nicht verhandeln; sie verstehen nur die Sprache der Stärke" erzielen zu wollen. Man soll in Deutschland und besonders nicht in der Bundesrepublik vergessen, das Chruschtschow Herrn Adenauer in Moskau einmal gesagt hat: "Uns bläst der Wind nicht ins Gesicht".

Ein aufrechter Kommunist hat's satt

R.E., Rom

Es war ungefähr um die Jahreswende, dass auf dem kommunistischen Parteikongress, der damals in Rom abgehalten wurde, ein junger Mann das Wort ergriff, dessen Rede alsbald nicht nur die ganze Versammlung, sondern die gesamte italienische Öffentlichkeit aufhorchen liess. Es handelte sich um eine Kritik an den Methoden des Stalinismus, wie sie bis dahin noch nie aus dem Munde eines militanten italienischen Kommunisten zu hören gewesen war, und wer diese Kritik vorbrachte, war der Parlamentsabgeordnete Antonio Giolitti aus der piemontesischen Industriestadt Cuneo.

Antonio Giolitti ist der Träger eines berühmten Namens, der auch heute noch den besten Klang besitzt. Sein Grossvater Giovanni Giolitti (1842-1928) war einer der bedeutendsten Staatsmänner des vorfaschistischen Italien, mit dessen Regierungszeit sich die Erinnerung an eine Epoche des Friedens und des Wohlstandes verknüpft. Es war also ein grosser Triumph für die kommunistische Partei, dass sich ein Enkel dieses prominenten bürgerlichen Politikers ihr angeschlossen hatte und jetzt in ihrem Namen im Parlament seine Stimme erhob. Aber auch unabhängig von seiner Herkunft hat sich Antonio Giolitti die Sympathien seines Wahlkreises zu erwerben gewusst und geniesst unter der Arbeiterschaft von Cuneo grosses Ansehen.

Diese Umstände liessen es erklärlich erscheinen, dass die kommunistische Parteileitung auf die für ihre Begriffe reichlich ketzerische Rede, die Giolitti auf dem römischen Parteitag hielt, nicht mit dem sonst üblichen Disziplinarverfahren reagierte, sondern sich nach Kräften bemühte, das "verirrte Schaf" im Guten zur Rückkehr in die Herde zu bewegen.

Antonio Giolitti hat seither immer wieder versucht, seine Gewissenskrupel innerhalb der Partei zu lösen und seine Ansichten innerhalb der Partei zur Geltung bringen zu können. Jetzt aber ist es zum Bruch gekommen. In einem Schreiben, das Giolitti an die Parteistelle von Cuneo gerichtet hat, gibt er sein Ausscheiden aus der

kommunistischen Partei bekannt und begründet diesen Entschluss, indem er erklärt, das ganze Verhalten der KP habe ihm die Hoffnung genommen, in der Partei zu einer Debatte über die politischen und ideologischen Probleme zu gelangen, die ihn seit mehr als einem Jahr beschäftigen. Zugleich gab Giolitti der Kammer seinen Rücktritt als Parlamentsabgeordneter bekannt, da er nicht länger der Partei angehören, auf deren Liste er gewählt worden sei.

Die kommunistische Parteileitung hat, zum ersten Mal in ihrer Geschichte, den Austritt Giolittis einfach zur Kenntnis genommen, während in allen bisherigen, ähnlich gelagerten Fällen, stets eine "Ausstössung mit Schimpf und Schande" erfolgt und der betreffende "Abtrünnige" mit allen erdenklichen Schmähworten belegt worden ist. Offenbar hat Togliatti es angesichts der grossen Beliebtheit Giolittis bei der piemontesischen Arbeiterschaft diesmal nicht gewagt, den jungen Träger eines so berühmten Namens mit dem üblichen Bannstrahl zu belegen.

Über die Zurücklegung von Giolittis parlamentarischen Mandat jedoch hatte die Kammer selbst zu entscheiden, und diese beschloss mit Stimmeneinhelligkeit, - bei Stimmenenthaltung der Kommunisten und der Menni-Sozialisten - den Rücktritt Giolittis abzulehnen. Allerdings verlautet, dass der junge Deputierte dennoch bei seinem Entschluss beharren werde, in welchem Falle die Kammer sich zuletzt doch genötigt sehen würde, diesen zur Kenntnis zu nehmen.

Man vermutet allgemein, dass Giolitti früher oder später seine Zugehörigkeit zu der kommunistischen Partei mit der zu den Menni-Sozialisten vertauschen werde. Angesichts der grossen persönlichen Anhängerschaft, die Giolitti unter den Arbeitern von Cuneo geniesst, könnte ein solcher Schritt ganz erhebliche Folgen und Weiterungen mit sich bringen. Einstweilen freilich lässt Giolitti erklären, von seinem Übertritt zu den Sozialisten zu sprechen sei zumindest "verfrüht".

Jedenfalls wird man in dem Austritt Giolittis aus der KP ein nicht unwichtiges Symptom für die ideologische Zersetzung im kommunistischen Lager Italiens erblicken dürfen, die mit dem XX. Parteikongress in Moskau begonnen und seit den tragischen Ereignissen in Ungarn einen starken Auftrieb erfahren hat.

## Deutschland ist nicht Spanien

Von Ulrich Lohmar

"Neues Abendland" nannte sich eine Zeitschrift, die vor einigen Monaten ihr Erscheinen einstellen musste und jetzt unter dem gleichen Namen als "Jahrbuch für Politik und Geschichte" wieder auftaucht. Das "Neue Abendland" ist das Sprachrohr der sogenannten "Abendländischen Akademie" geblieben, eines Kreises katholischer Politiker und Publizisten, denen die parlamentarische Demokratie nicht gefällt und die statt dessen einen Ständestaat mit "gottgegebenen" Machtbefugnissen anstreben. Ihnen geht es um eine männliche Ordnung, wie sie heute in Spanien oder Portugal besteht, wo politisierende Kleriker neben den Diktatoren alles und die Staatsbürger gar nichts zu sagen haben.

Chefredakteur der Zeitschrift ist Dr. Emil Franzel, dessen buntschillernde politische Vergangenheit alles andere als eine Legitimation für demokratische Publizistik sein dürfte.

Jetzt hat dieser Kreis um "Neues Abendland" eine Wahlnummer mit dem Titel "Entscheidung über Deutschland" herausgegeben. Die Finanzierung des Unternehmens bleibt dunkel. Da aber Dr. Adenauer das Vorwort zu der Wahlnummer geschrieben hat, ist mit Sicherheit anzunehmen, dass er auch seinen von Steuergeldern gespeisten "Reptilienfonds" öffnete. Zu allem Überfluss wird "Neues Abendland" im Auftrage des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung in Umlauf gebracht. Die Bundesregierung stellt sich damit offiziell hinter dieses Heft.

Und so sieht auch sein Inhalt aus. Da liest man in einem Beitrag über die Wahlen diesen Satz: "Die Zusammenfassung der gläubigen christlichen Kräfte in einer einzigen politischen Partei hat das brüderliche Verhältnis zwischen den beiden Konfessionen ... in die Position der Zusammenarbeit beim Aufbau des neuen Staates geführt". Diese vermeintliche Gegebenheit zähle zu den vier grossen Errungenschaften der Bonner Republik, versichert man uns. Eindeutiger kann der Bundeskanzler nicht zum Ausdruck bringen lassen, dass er die CDU mit dem Staat schlechthin gleichsetzt.

Aber sehen wir weiter. In einem anderen Aufsatz finden sich einige Bemerkungen über die SPD. Der Verfasser meint, den Sozialdemokraten habe stets das Heilbild eines wirklichen vaterländischen und nationalen Ideale gefehlt. Lesen wir richtig? Die Sozialisten waren es doch, die 1946 verhindert haben, dass es zu einer sogenannten Aktionseinheit mit den Kommunisten auch in Berlin und in Westdeutschland kam. Das Nein der SPD gegenüber den Alliierten ermöglichte die Verabschiedung einer halbwegs praktikablen westdeutschen Verfassung. Die Sozialdemokraten schliesslich bilden heute die einzige Partei, der die Wiedervereinigung tatsächlich das erste Anliegen ihrer Politik ist.

Das "Neue Abendland" sieht diese Frage und überhaupt die Lage Deutschlands anders. Den Sozialdemokraten wird als geschichtliche

1. August 1957

Aufgabe eine Ostorientierung zugebracht. Das liest sich dann so: "Nicht nur, dass ein Bündnis mit den Sowjets und dann selbstverständlich auch eine innenpolitisch mindestens zum Titoismus oder zur Linie Gomułka, wenn nicht zur Grotewohl-Ulbrichtschen Volksdemokratie führende Entwicklung ... die einzige Alternative zur Politik Adenauers wäre, eine solche Politik (der SPD) lässt auch dem deutschen Volk eben noch die Möglichkeit der Wahl zwischen den beiden Möglichkeiten. Die jetzige Politik der SPD täuscht ihm einen dritten Weg vor und lockt damit alle Bequemen, Feigen, Unentschiedenen ..."

Wer vielleicht angenommen hatte, Adenauers Entgleisungen in Bamberg, Kiel, Nürnberg und Gummersbach, wo er für den Fall eines Wahlsieges der SPD den Untergang Deutschlands prophezeite, seien aus der Hitze des Wahlkampfes zu erklären, den belehrt die Lektüre des "Neuen Abendlands" eines Besseren. Es ist tatsächlich so, dass der Kanzler und seine engsten Berater im Grunde lediglich in der Vorstellung eines klerikal und obrigkeitstaatlich organisierten Klein-Europas denken können. In diesen Rahmen findet ein wiedervereinigtes Deutschland keinen Raum. Es ist der Geist eines militanten Klerikalismus, es ist Intoleranz im Gewande der bieder-männischen Lautseligkeit und der scheinbaren Intellektualität, die aus jeder Seite des von Adenauer eingeleiteten Heftes des "Neuen Abendlands" spricht. -

Wir wollen nur noch eine Leseprobe folgen lassen. Zum Problem der Atomwaffen wird lediglich festgestellt, "der Vorschlag der deutschen Atomphysiker" sei "das unverhüllte Angebot der bedingungslosen Kapitulation vor der Atombombe". Dass man vor dieser Bombe in der Tat nur "kapitulieren" kann, ist dem Kreis der "Abendländischen Akademie" offenbar bisher entgangen.

Die Lektüre des "Neuen Abendlands" macht dem Leser ein weiteres Mal klar, was es bedeuten würde, wenn der alte Mann aus Rhöndorf sich noch einmal eine Mehrheit der Bevölkerung verschaffen könnte. Wir möchten wünschen, dass jeder Wähler die Gelegenheit bekommt, sich einmal die wörtliche Wiedergabe der Kanzlerreden der letzten Zeit durchzulesen. Der alte Mann redet barock Unsinn, und es wäre gefährlich, ihn und seine Freunde weiter gewähren zu lassen.

+ + +

"Führer befehl - wir folgen!"

"Wenn Oliveira Salazar vor der Kammer die Außenpolitik behandelt, ist selbst jede Diskussion untersagt, die lediglich vor einer aussenpolitischen Entscheidung und auch nur in kleinem berufenem Kreise stattfinden kann. Dahinter steckt die richtige Einsicht, dass sich in so spannungreichen und daher gefährlichen Zeiten wie der unsrigen in aussenpolitischen Fragen keine Nation eine nennenswerte Uneinigkeit von längerer Dauer leisten kann, ohne mit ihrer Existenz zu spielen".

Das stand nicht etwa 1939 im "Völkischen Beobachter", das steht vielmehr heute in der "Kesseler Post", einer Zeitung, die sich selbst "eine mutige und verantwortungsbewusste Tageszeitung" nennt.

\* \* \*

- 7 -

Mitarbeiter Heuss, Adenauer und Bertolt Brecht +

sp - Die bekannte amerikanische Monatszeitschrift "Atlantic Monthly" hat unter dem Titel "Perspective of Germany" eine Sondernummer herausgegeben. Sie bringt eine Übersicht über Deutschlands literarische und künstlerische Produktion in der Nachkriegszeit wie auch eine politische Bestandsaufnahme. Männer aus den Bereichen des Geistes, der Politik und der Wirtschaft kommen hier zu Wort. Politiker wie Professor Theodor Heuss und Dr. Adenauer sind vertreten. Bundespräsident Heuss schreibt über deutschen Charakter und Geschichte, der Bundeskanzler über das Deutschland von heute und morgen.

Die Herausgeber machten sich ihre Aufgabe nicht leicht. Sie besaßen auch Mut. Zur geistigen Deutschland der Nachkriegszeit gehört auch der kürzlich verstorbene Dichter Bert Brecht, Brecht war Kommunist, aber er war weitaus mehr, er schrieb Werke, die in die Weltliteratur eingingen. Die Herausgeber ehrten den Dichter durch den Abdruck eines seiner schönsten Gedichte. Öffentlich haben sie sich damit nicht den Zorn des bundesrepublikanischen Außenministers Heinrich von Brentano zugezogen. Für Brentano gilt Brecht als ein zweiter Horst Wessel; so zu lesen in seinem Briefwechsel mit dem Berliner Verleger Suhrkamp, offensichtlich teilen Professor Heuss und Dr. Adenauer die unqualifizierte Beurteilung Brechts durch Brentano nicht, denn es ist kaum vorstellbar, dass sie an dieser Sondernummer der Zeitschrift mitgearbeitet hätten, wenn sie in Brecht einen Nachkömmling des berühmten Horst Wessel sähen.

\* \* \*

Ein Leben im Dienste der SPD

sp - Mit dem Tode des Hamburger Claus Umland verschied eines der ältesten Mitglieder der Sozialdemokratie. Vier Jahre vor der Jahrhundertwende war Umland der Hamburger SPD als damals Zwanzigjähriger beigetreten. Seitdem hielt er dieser Partei die Treue. Die Hamburger Organisation betraute ihn viele Jahrzehnte lang mit Führungsaufgaben in Partei und Bürgerschaft. Nicht mehr viele Menschen können sich heute rühmen, Größen der Sozialdemokratie, wie Wilhelm Liebknecht und August Rebel, gekannt zu haben. Nach dem Zusammenbruch stellte sich Umland, damals schon hochbetagt, wieder zur Verfügung; als Alterspräsident eröffnete er den ersten Hamburger Parteitag nach dem Kriege. Viele Freunde trauern um ihn, galt er ihnen doch als Vorbild.

\* \* \*

### Sperr-Riegel Inspektionszone

sp. Die Schwierigkeiten, die der amerikanische Aussenminister Dulles bei seinem Rettungsversuch für die Londoner Abrüstungskonferenz vorfindet, scheinen viel grösser zu sein, als er vielleicht ursprünglich erwartet hat. Der Widerstand seiner westlichen Bündnispartner hat sich verstärkt. Zeitungsberichte aus den letzten Tagen, wonach die Westmächte eine gemeinsame Plattform gefunden hätten, treffen nicht zu. Die Meinungsverschiedenheiten zwischen den Westmächten untereinander sind offenbar viel grösser als die Gegensätze zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion in der Abrüstungsfrage. Die Hauptbedenken Frankreichs und Grossbritanniens gelten der Schaffung der europäischen Inspektionszone. Der neueste Vorschlag des französischen Delegierten, für jeden Quadratkilometer westlichen Gebietes (mit dem Eisernen Vorhang als Schnittpunkt) zehn Quadratkilometer sowjetischen Gebietes der Inspektion zu unterwerfen, ist wohl gemacht worden, um die ganze Idee der Inspektion ad absurdum zu führen.

Unter diesen Umständen liegt eine Einigung noch nur in Teilfragen nicht einmal in Sichtweite. Der amerikanische Aussenminister beabsichtigt, schon am Freitag wieder London zu verlassen. Ist dieser Entschluss ein Ausdruck der Resignation? Schon wird der Gedanken, vor allem in der britischen Presse, erwogen, die Verhandlungen für unbestimmte Zeit zu unterbrechen, um den Russen Zeit für die "Verdauung" der bisherigen nur in vagen Umrissen enthaltenen westlichen Verhandlungsvorschläge zu geben. Für die Zwischenzeit erhoffen sich Frankreich und Grossbritannien eine Verstärkung ihrer Positionen. Wie diese erfolgen soll, darüber scheinen bei den Regierungen beider Länder keine bestimmten Vorstellungen zu bestehen, auch verschliessen sie sich den grossen Gefahren, die für die gesamte westliche Welt auftreten, wenn sie mit dem Odium belastet wird, durch ihre Taktik den Stillstand der Londoner Abrüstungsverhandlungen verursacht zu haben. Schliesslich blickt die ganze Welt nach London, die von Atomfurcht gepeinigten Völker erwarten nicht diplomatische Ausweichmanöver, sie erwarten sichtbare, auf eine effektive Abrüstung hinkelnde Schritte.

Die Sowjetunion wird gewiss nicht verfehlen, den propagandistischen Versprung, der ihr durch das Verhalten einiger Westmächte ohne eigene Anstrengung zufiel, in weiter Teilen der Welt auszunutzen. Der gegenwärtige Stand des Londoner Abrüstungsgesprächs mag vielleicht die Vereinigten Staaten zu einer letzten Kraftanstrengung veranlassen. Sicherlich werden sie sich in ihrer Neigung verstärkt sehen, mit der Sowjetunion zu zweit das Gespräch weiter zu führen, zum Ärger ihrer französischen und britischen Partner. Dass sie gerade jetzt bekanntgeben, sie hätten im März dieses Jahres an die Sowjetunion eine kleine Menge radioaktiver Isotope geliefert, ist wohl mehr als von symptomatischer Bedeutung.

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel